

Vereint in Gott vernahmen wir einen Ruf

Offener Brief der vom Bergbau betroffenen Gemeinden, die sich in Rom mit dem Päpstlichen Rat für Gerechtigkeit und Frieden getroffen haben

Vom 17.-19. Juli 2015 fand in Rom auf Einladung des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden das Treffen von Gemeinden statt, die von Bergbau bedroht sind. Der Titel der Veranstaltung lautete "Vereint in Gott vernahmen wir einen Ruf".

An dem Treffen nahmen Personen aus 18 Ländern teil: Brasilien, Chile, Demokratische Republik Kongo, Dominikanische Republik, El Salvador, Ghana, Guatemala, Honduras, Indien, Italien, Kanada, Kolumbien, Mexiko, Mozambik, Philippinen, Peru, Schweiz und USA.



Unsere Gemeinden haben hohe Erwartungen an dieses Treffen geknüpft. Die Gemeinden organisieren sich, um schwere Menschenrechtsverletzungen zur Anklage zu bringen, die durch die Zerstörung und Vergiftung der Umwelt entstehen, wie sie von der Bergbauindustrie verursacht werden: dies können z.B. schwerwiegende Auswirkungen auf die Gesundheit sein, die Spaltung der Gemeinden, die Vertreibung vom angestammten Land, schwere Krankheiten, der Verlust der eigenen Kultur, Prostitution, Alkoholismus und Drogenabhängigkeit, Verbindungen ins Organisierte Verbrechen oder der Verlust der

eigenen Einkommensmöglichkeiten. Deshalb organisieren sich die Gemeinden, um gemeinsam Strategien des Widerstands sowie alternative Entwicklungsmodelle zu entwickeln

"Das Ziel dieses Treffens ist es, Eure Würde anzuerkennen," sagte Kardinal Turkson, der Präsident des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden. Auch Papst Franziskus weist in seiner Enzyklika "Laudato Sí" auf die "unermessliche Würde der Armen" hin (Laudato Sí – LS 158).

Die Katholische Kirche nimmt sich der schwerwiegenden Auswirkungen des Bergbaus immer mehr an. Der Bergbau hinterlässt tiefe Wunden und Unbarmherzigkeiten im Herzen der Erde und der Gemeinden. Diese Wunden sind die Auswirkungen einer "einzigen und komplexen sozio-ökologischen Krise" (LS 139).

Papst Franziskus beschreibt den Kontext der Bergbaukonflikte in seinem Brief an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Treffens mit äußerster Klarheit und Empathie: *"Ihr habt Euch versammelt (...) damit die Klage von so vielen Personen, Familien und Gemeinden Gehör finden möge, die direkt oder indirekt unter den häufig viel zu negativen Auswirkungen des Bergbaus leiden. Es ist die Klage um das verlorene Land, die Klage aufgrund des Abbaus von Rohstoffen, der paradoxerweise keinen Reichtum für die lokalen Gemeinden gebracht hat, sondern sie weiter in die Armut treibt. Es ist ein Klageruf voll des Leids, als Antwort auf die Gewalt, die Drohungen, die Korruption. Es ist ein Klageruf der Empörung und eine Bitte um Unterstützung angesichts der Menschenrechtsverletzungen. Die Rechte der Menschen werden schändlich mit Füßen getreten, ihre Gesundheit gefährdet, ihre Arbeiterrechte verletzt, manchmal arbeiten die Menschen wie Sklaven, Menschenhandel führt in die Prostitution. Es ist ein Schrei voller Trauer und Ohnmacht angesichts der Verschmutzung des Wassers, der Luft und der Erde. Es ist ein Schrei des Unverständnisses angesichts des Fehlens von Prozessen, die die*

Menschen einladen würden, sich einzubringen und mitzuentcheiden. Und es ist ein Hilferuf, der sich an die Regierungsvertreter auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene richtet, deren fundamentale Aufgabe es ist, das Gemeinwohl zu fördern."

Kardinal Turkson richtete zum Abschluss des Treffens folgende Sätze an die Gemeinden: *"Es ist uns bewusst, dass Ihr isoliert seid, dass Eure Menschenrechte verletzt werden, dass Ihr verfolgt werdet, dass es ein Ungleichgewicht der Kräfte gibt..."* So wurde durch das Treffen das Leid, das den Gemeinden widerfährt, für die Weltöffentlichkeit sichtbar und erfuhr eine wertvolle Verbreitung.

Wenn wir über die Soziallehre der Kirche nachdenken, dann kommen wir - die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Treffens - zu dem Schluss, dass die Kirche keine neutrale Konfliktschlichterin zwischen den Gemeinden und den Unternehmen sein kann. *"Wo es so viel soziale Ungerechtigkeit gibt und immer mehr Menschen ausgeschlossen und ihrer grundlegenden Menschenrechte beraubt werden, verwandelt sich das Prinzip des Gemeinwohls als logische und unvermeidliche Konsequenz unmittelbar in einen Appell zur Solidarität und in eine vorrangige Option für die Ärmsten."* (LS 158)



Die Ähnlichkeit der Missstände, die wir anprangern, zeigen, dass die Unternehmen auf der ganzen Welt ähnliche Praktiken an den Tag legen, häufig in enger Allianz mit den nationalen und lokalen Regierungen und unter starker Einflussnahme auf alle Entscheidungsträger. So versuchen sie, geschützt von Gesetzen, die die Schädigung der Umwelt erlauben, ihre Bergbauprojekte und damit verbunden ihre Gewinninteressen durchzusetzen.

Angesichts des enormen Ungleichgewichts an Macht und Einfluss und angesichts des fehlenden Zugangs zu juristischen Mitteln, zu Information und angesichts der starken Kriminalisierung des sozialen Protests ist es praktisch unmöglich, dass es mit Unternehmen und Regierungen einen respektvollen und aufmerksamen Dialog über die Forderungen der Ärmsten gibt. In seiner Enzyklika empfiehlt der Papst die *"großen Wege des Dialogs"*, aber er knüpft sie an verantwortungsvolle politische Prozesse und Entscheidungsfindungen auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene (LS 164-198). Das ist die Art von Dialog, für den wir - gemeinsam mit dem Päpstlichen Rat für Gerechtigkeit und Frieden - eintreten und den wir stärken wollen.

Wir wollen unsere Sorge zum Ausdruck bringen über die Strategie der Annäherung, die die großen Bergbaukonzerne gegenüber der institutionalisierten Kirche anwenden. Wir weisen auf die eklatanten Widersprüche hin, die zwischen dem Diskurs bestehen, den die Bergbaukonzerne in Rom an den Tag legten, und ihren Handlungen vor Ort, wo sie in der Mehrzahl der Fälle weiter die Menschenrechte verletzen.

Vor diesem Hintergrund gewinnen die Worte, die Papst Franziskus uns anlässlich des Treffens geschrieben hat, noch zusätzlich an Bedeutung: es geht nicht einfach nur darum, ein paar kleine Veränderungen im Verhalten vorzunehmen oder die Standards der sogenannten *"Unternehmensverantwortung"* ein wenig anzuheben. Im Gegenteil, so Papst Franziskus: *"der ganze Bergbausektor ist ohne Zweifel dazu aufgerufen, einen radikalen Paradigmenwandel zu vollziehen, um die Situation in vielen Ländern zu verbessern."*

Wir feiern dieses Treffen, weil der Hilferuf der Gemeinden immer mehr Gehör findet. Gleichzeitig wissen wir um die Herausforderung, die es bedeutet, die Menschenrechte und Selbstbestimmung der Gemeinden auf ihrem Land sicherzustellen: *"die neuen in Entwicklung befindlichen Prozesse (...) müssen aus der eigenen lokalen Kultur erwachsen"* (LS 144).

Wir erwarten mit großem Interesse das Dokument, das der Päpstliche Rat für Gerechtigkeit und Frieden vorbereitet und das Überlegungen und Hinweise enthalten wird, wie mit den Konflikten umzugehen ist, die durch die Bergbauaktivitäten verursacht werden. Wir hoffen, dass es ein pastorales Dokument sein wird, das einerseits die Gemeinden in ihrer Würde und in ihren Lebensprojekten stärkt und ermächtigt, und auf der anderen Seite den lokalen Kirchen bewusst macht, wie wichtig es ist, die Bewahrung der Schöpfung zu einem Thema der kirchlichen Lehre zu machen, die Opfer der Konflikte und der Kriminalisierung zu verteidigen, Politiken und institutionelle Handlungen zu fördern, die dem Schutz der sozio-ökologischen Rechte dienen, sowie das Handeln der Unternehmen kritisch zu überwachen.

Wir empfehlen dem Päpstlichen Rat für Gerechtigkeit und Frieden, dass er sich beim Treffen mit den Vertretern der großen Bergbaukonzerne ganz klar der Forderung anschließt, die derzeit so viele Völker und zivilgesellschaftliche Organisationen in der Welt formulieren: der Forderung, nach einem verbindlichen Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten, wie es derzeit bei den Vereinten Nationen entwickelt wird.

Wir glauben, dass der beste Weg zur Befriedung der Konflikte zwischen Gemeinden, die ihr Recht auf Land reklamieren, und den Bergbaukonzernen, die meist mit der Rückendeckung der Regierungen handeln, die umfassende Einhaltung der Menschenrechte sowie der bestehenden Gesetze und Abkommen ist, sowie die Einführung neuer Regulierungsinstrumente, sowohl auf der politischen, juristischen wie auch auf der wirtschaftlichen Ebene, und dies sowohl national als auch international (LS 177); *"Einen privilegierten Platz in der Diskussion müssen jedoch die Einwohner vor Ort haben, die sich fragen, was sie für sich und für ihre Kinder wollen, und die auch Ziele in Betracht ziehen können, die das unmittelbare wirtschaftliche Interesse übersteigen"* (LS 183). Die Gemeinden haben auch das Recht, "nein" zum Bergbau zu sagen.



In diesem Sinne betonen wir, dass es auch Gebiete geben muss, in denen es keinen Bergbau gibt (sog. "no go zones"). Das können Gebiete sein, die ökologisch besonders fragil sind, oder das Land von Gemeinden, die von so großen Bergbauprojekten vernichtet würden, es können heilige Stätten sein, wo Völker ihre Geschichte und ihre Kultur feiern, Gebiete von großer landschaftlicher Schönheit oder Gebiete, auf denen Völker leben, die bereits einmal umgesiedelt wurden.

Kardinal Turkson hat uns versichert, dass dieses Treffen eine neue Etappe einläutet, die mit einem großen Versprechen des Päpstlichen Rates einhergeht: "Es ist nicht nur der Vatikan, der den Schrei der Opfer vernimmt, es sind auch die Bischöfe. Wir werden die Bischöfe in den Diözesen auffordern, den betroffenen Gemeinden weiter und noch enger beizustehen."

Wir danken der Katholischen Kirche dafür, dass sie den Ruf derer vernommen hat, die vom Bergbau betroffen sind. Wir wollen diesen Weg voller Hoffnung fortsetzen, damit das Himmelreich komme, voller Gerechtigkeit, Frieden, Liebe und Schönheit."

Rom, 27. Juli 2015

Die Gemeinden, die an dem Treffen mit " Vereint in Gott vernehmen wir einen Ruf" teilgenommen haben.